

Dürens Grüne Zeitung

Ortsverband Düren

September 2006

Park statt Parken!



Naturschutz kontra neues Baugebiet

GRÜNE kämpfen für eine Grünfläche an der Schützenstrasse

Stadt unterschlägt Gutachten



Unser Vorschlag zur Umgestaltung des derzeitigen Parkplatzes unter den Platanen an der Schützenstrasse wurde von der CDU Mehrheit leider bisher abgelehnt. In der Innenstadt sind schöne Plätze und kleine Parks mit Sitzgelegenheiten Mangelware. Die Fläche an der Schützenstrasse ist eine gute Stelle, um dieses Defizit zu reduzieren.

Wir Dürener GRÜNE wurden von zahlreichen Personen in der Stadt angesprochen, die eine grüne Oase mit Aufenthaltsqualität in der Innenstadt vermissen. Sie beurteilen unseren Vorschlag positiv. Es gibt kaum Sitzplätze im Zentrum außerhalb der Gastronomie. So nett einzelne Spielplätze in der Innenstadt sein mögen, eine kleine Parkanlage mit altem Baumbestand können sie nicht ersetzen. Hier ist die Chance, die Attraktivität der Innenstadt deutlich zu erhöhen. Gerade der Baumbestand bietet die Chance zur Gestaltung eines attraktiven Parkes.

Wir werden weitere Vorschläge einbringen, um die Aufenthaltsqualität der Innenstadt zu verbessern, denn da hat Düren einen hohen Nachholbedarf. Hoffentlich werden die Vorschläge

zukünftig von CDU und SPD nicht vorschnell abgelehnt.

Setzen Sie sich mit uns gemeinsam für einen Park an der Schützenstrasse ein!

Mehr Grün für Düren



Die CDU will in Derichsweiler unbedingt den Flächennutzungsplan ändern, um ein Baugebiet „Kaiserbenden“ ausweisen zu können. Es gibt in Düren keinen Bedarf für weitere Baugebiete, denn stadtweit wurden in den letzten Jahren zahlreiche Flächen zur Bebauung erschlossen.

In dem betroffenen Gebiet leben seit langem zahlreiche Steinkäuze. Ein Gutachten über die Verträglichkeit des Steinkauzaufkommens mit einer eventuellen Bebauung ist schon seit über einem Jahr fertig und wird seitdem von der Stadtverwaltung der Öffentlichkeit verheimlicht! Erst durch einen Antrag auf Akteneinsicht konnten wir Dürener GRÜNE das Gutachten einsehen. Ergeb-

nis: Es gibt dort rund 60 Vogelarten, wovon neben dem Steinkauz weitere Arten stark bedroht sind, z.B. Rebhuhn, Schwarzkehlchen u.a.! Außerdem sind die dort lebenden seltenen Fledermausarten schützenswert. Die Beschaffenheit des Gebietes ist einzigartig und nicht an anderer Stelle zu ersetzen. Das Gutachten rät deutlich von einer Bebauung des Bereiches ab, denn deren Folgen für die Natur sind nicht zu verantworten. Die Aussage des Gutachtens ist eindeutig!

Nun will die Stadt jedoch mit einem weiteren Gutachten gefälliger Ergebnisse erzielen!

Das Folgegutachten für nochmals 5000,- € ist nicht nur überflüssig, zudem wurde es ohne einen



politischen Beschluss vergeben. Es ist erstaunlich, wie der Bürgermeister, der auch bei der aktuellen Haushaltssicherung betont, dass für nichts Geld da sei, eigenmächtig so mit den knappen öffentlichen Mitteln umgeht!

Wir fordern, dass die Planungen für das Baugebiet „Kaiserbenden“ eingestellt werden!

Wann ist's genug, Herr Larue?

Dürens Partnerschaften

Sechs unterschiedliche Partnerschaften unterhält die Stadt Düren, einige schon lange, andere erst seit einigen Jahren. Neben der alten Partnerschaft mit Valenciennes in Nordfrankreich gibt es seit 35 Jahren die Kontakte des Stadtteils Niederau nach Altmünster-Neukirchen in Oberösterreich und die Partnerschaft von Arnoldsweiler mit Cormeilles in der Normandie. Dann sind in den letzten Jahren Städtepartnerschaften mit Stryj (Ukraine), Jinhua (China) und Gradacac (Bosnien-Herzegowina) beschlossen worden. Alle Partnerschaften werden federführend von Verwaltungsmitarbeitern betreut.

Jetzt gab es im Zusammenhang mit dem nicht stattgefundenen Besuch von Hunderten von Fußballfans von der Elfenbeinküste und nach einem Ausflug von Bürgermeister Larue mit einer Düre-

ner Delegation einen Besuch von afrikanischen Politikern aus Cocody/Elfenbeinküste in unserer Stadt. Und schon wieder fiel das Wort „Partnerschaft“, wenn auch in der abgewandelten Form von „Projektpartnerschaft“.

Wir sind der Meinung, dass eine 90.000-Einwohner-Stadt wie Düren mit ihrer mehr als kritischen Finanzsituation ihre geringen Mittel sinnvoll auf die bisherigen Partnerschaften verteilen sollte. Aus armen Ländern, wie Ukraine und Bosnien, gibt es Erwartungen an unsere Stadt auf Unterstützung. Auch die personelle Situation im Rathaus lässt keine weiteren Spielräume für Mitarbeiter, Partnerschaften zu begleiten.

Deshalb werden wir neuen Partnerschaften, auch Projektpartnerschaften, nicht zustimmen.

Fußgängerzone ausweiten



Wir GRÜNE fordern eine Ausweitung der Fußgängerzone im Bereich der Weierstraße vom Markt bis zur Wilhelmstraße. Die Verkehrssituation in diesem Bereich ist zurzeit für Fußgänger und Radfahrer äußerst gefährlich. Gerade an Markttagen ist die Verkehrssituation dort oft chaotisch.

Die Weierstraße bietet sich gerade durch die Breite an, einen lukrativen Eingangsbereich zum Markt zu schaffen. Sitzgelegenheiten, Bäume und auch kleinere Spielgeräte könnten eine attraktive Fußgängerzone zum Eingang

des Marktes bilden. Profitieren würden anliegende Geschäfte ebenso wie die Gastronomie am Marktplatz und der Wochenmarkt selbst. Das Einkaufen auf dem Markt mit der Möglichkeit, sich auf einem schattigen Plätzchen auszuruhen, wird weitere Kunden anlocken.

So würde Düren um ein gutes Stück Aufenthaltsqualität reicher, Radfahrer und Fußgänger könnten sorglos den Markt ansteuern und die ansässigen Geschäfte bekämen mehr Beachtung.

Mit GRÜNEN unterwegs

Nach der Bibertour, der großen Eifeltour mit Rurtalbahn, Bus „Mäxchen“ und per pedes am Pfingstmontag zurück nach Heimbach und der Aktion „Kinder entdecken den Burgauer Wald“ in

Verbindung mit dem Start des GRÜNEN Heißluftballons im August gibt es Ende September eine vierte Veranstaltung der Dürener GRÜNEN, an der alle Interessierten teilnehmen können:

Am Samstag, 23. September, startet um 10 Uhr vom GRÜNEN Büro im „Roten Haus“ neben dem Jesuitenbad in der Nideggener Straße eine Fahrt mit Rädern auf dem Ruruferradweg (RUR) Richtung Jülich.

Interessenten können sich unterwegs, z.B. am Rurpark in Birkesdorf anschließen. Eine kurze Rast und Führung gibt es an den Teichen des Naturschutzbundes (NABU),

In Jülich wird zunächst die Zita-



delle angesteuert, wo ein Rundgang mit Erläuterungen stattfindet. Hier können Auto- oder Rurtalbahnhofer um 12.00 Uhr an der Brücke zur Zitadelle dazustoßen. Anschließend geht es zum Brückenkopfpark, der für alle Altersstufen interessant ist. Am Nachmittag erfolgt von hier die Rückfahrt. – Der Parkeintritt wird vom GRÜNEN Ortsverein Düren übernommen, eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

GRÜNE fordern: Stadthalle als Begegnungsstätte erhalten

Das Land wird sich nun doch an der Finanzierung des Umbaus der Stadthalle in ein Jobcenter beteiligen. Die Beteiligung bezieht sich allerdings lediglich auf die Kosten, die an Mehraufwand aus Denkmalschutzgründen entstehen. Ob die gesamten immensen Kosten von über 10 Millionen Euro für den Umbau der Stadthalle in ein Bürohaus vom Bund übernommen werden, ist fraglich. Die Job-com ist z. Zt. teilweise auf einer Etage des Kreishausaubaus untergebracht. Beim Bau des umstrittenen teuren Anbaus wurde gerade der Platzbedarf der Job-com vom Landrat als wichtigstes Argument genannt.

Büroflächen stehen leer

Nun soll durch den Bau weiterer Büroräume in wesentlich größerer Dimension wieder ein neuer Bereich für die Job-com geschaffen werden. Der teure Umbau ist



eine weitere enorme Belastung des Kreishaushalts. Schon jetzt ist der Leerstand an Büroflächen in Düren erheblich.

Durch die kurzsichtige Entscheidung, weitere Büroflächen zu schaffen, wird eine sinnvollere Nutzung der Stadthalle, die zentral zwischen zahlreichen weiterführenden Schulen liegt, unmöglich. Mittelfristig soll der Schul-

betrieb auch in weiterführenden Schulen auf Ganztagsunterricht umgestellt werden. Für solche Änderungen werden in der Umgebung dann dringend Räumlichkeiten gebraucht, die es in den angrenzenden Schulen heute nicht gibt.

Es fehlen dann Aufenthaltsräume, Möglichkeiten für das Mittagessen etc.!

Bau mit Tradition

Die Stadthalle hat für viele Dürenerinnen und Dürener eine große Tradition. Die vielen Veranstaltungen der vergangenen Jahre, die heute teils mehr schlecht als recht an anderen Orten stattfinden, zeigen den großen Bedarf an Veranstaltungsräumen.

Wir wollen einen konstruktiven Diskussionsprozess unter anderem mit Schülervertretern und kulturellen Akteuren, wie dieses Denkmal wieder sinnvoll mit Leben gefüllt werden kann. Da die Bausubstanz der Stadthalle noch weitestgehend erhalten ist, sollte überprüft werden, wie aufwendig eine Sanierung ist. Der Umbau in Büroräume wird für die Zukunft andere Nutzungen unmöglich machen. Finanzielle Mittel der Denkmalpflege vom Land können wohl kaum an einer Büronutzung festgemacht werden.

GRÜNE Anregung umgesetzt: Recycling in Düren!

Obwohl in Zeitschriften und in allen Umweltbroschüren stets darauf hingewiesen wird, dass Druckerkartuschen und CDs und DVDs aus hochwertigem und gut zu verwertendem Kunststoff bestehen, gab es bisher in ganz Düren keine Sammelstellen dafür. Einige Händler nahmen Druckerzubehör zwar schon kostenlos zurück und „Druckertankstellen“ befüllen Kartuschen wieder, sofern die Kartusche noch in Ordnung ist.

Auf unsere Initiative hin gibt es nun eine neue Sammelstelle beim Dürener Service Betrieb. Wir GRÜNEN bitten nun alle Bürgerinnen und Bürger, CDs, DVDs, die dazugehörigen Hüllen und alle Druckerkartuschen ab sofort konsequent zu sammeln und beim DSB in der Paradiesstraße, an der Pforte im Rathaus oder im Bürgerbüro abzugeben.

Aachener Friedenspreis

Seit Monaten beschäftigt der Konflikt zwischen Israel, den Palästinensern und den arabischen Nachbarländern auch alle politisch wachen Menschen bei uns. Das Komitee des „Aachener Friedenspreises“ plant für den Herbst in Aachen eine Konferenz mit diesen Menschen, die sich für den schwierigen Frieden und für Verständigung mit den Nachbarn in dieser Region einsetzen. – Dürener GRÜNE haben die Aktivität finanziell unterstützt.

Impressum

An dieser Zeitung haben mitgewirkt:
Theo Dicks, Ludger Dowe,
Carmen Heller-Macherey,
Heidi van den Höfel, Marion Lörken, Verena Schloemer,
Georg Schmitz, Bruno Voß

Herausgeber:
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Ortsverband Düren
GRÜNES Büro
Nideggener Straße 68
52349 Düren

V.i.S.d.P.:
Carmen Heller-Macherey,
Theo Dicks

Gute Arbeit der ENDART darf nicht gefährdet werden

CDU und SPD streichen 60% der Fördermittel

Der gemeinnützige ENDART - Verein erhält seit seinem Bestehen einen städtischen Zuschuss, der allerdings der Haushaltslage entsprechend immer weiter gesunken ist. Der seit einigen Jahren gewährte Zuschuss von 25.000 € sicherte die wertvolle Arbeit an der Veldener Strasse. Jetzt haben im Rahmen der Haushaltskonsolidierung CDU und SPD in großer Koalition eine Reduzierung der Mittel auf maximal 10.000 € für

Arbeit! Die ENDART ist eine der beliebtesten kulturellen Einrichtungen in der Region und weit über die Grenzen des Kreises Düren bekannt. Dass diese Einrichtung als zentrale Aufgabe die Bekämpfung des Drogenmissbrauchs hat, findet leider gerade in der Politik nicht die notwendige Beachtung. Gerade der Verbund von ENDART als niedrigschwelligem Angebot und der Drogenberatung macht die Arbeit

weder Stadt noch Kreis Düren Zuschüsse gegeben. Die Last der Kreditrückzahlung muss der Verein alleine schultern. Statt diese wichtige Säule des Jugendangebotes zu stützen, wird nun noch die letzte Zuwendung beschnitten.

Bei den Wahlen schmücken sich SPD und CDU gerne mit der vorbildlichen Jugendarbeit der Endart.

Wenn es jedoch um deren Fördermittel geht, wird gestrichen!

Schwarze Stümperei

Es gab viel Wirbel um die Neugestaltung der Wirtelstraße. Schon vor der Kommunalwahl im Herbst 2004 verkündete eine große bunte Tafel die „Vollendung der Umgestaltung der Wirtelstraße“. Begonnen wurde damit aber erst nach der Wahl! – Schon ein bisschen peinlich, liebe CDU und liebe Bauverwaltung!

Sieht man sich das Ergebnis heute an, ist man ziemlich ernüchtert. Ob der gar nicht mehr so weiße Boden der Wirtelstraße mit unzähligen (Kaugummi- und Öl-)Flecken die Attraktivität der Einkaufsstraße gesteigert hat? Oder die neuen Lampen? Oder eine Sitzbank? – Nicht nur wir GRÜNEN haben da erhebliche Zweifel!

Von mehr Atmosphäre, z.B. durch etwas Grün oder mehrere geschickt angeordnete Sitzbereiche, kann nicht die Rede sein.

Schade um eine verpasste Chance!

Wochenlang wurde auch der „rote Belag“ der Übergänge im Innenstadtbereich (Schützenstraße zum neuen Parkhaus, Wirteltorplatz und Bereich Stadtcenter) als herausragende Neuerung gepriesen. „Rot“ war der Belag

eigentlich von Anfang an nicht, und das „Rostbraun“ ist inzwischen deutlich stumpfer geworden.

Ob dies eine Signalwirkung für – vor allem auswärtige – Autofahrer hat, hier besonders auf Fußgänger zu achten, darf bezweifelt werden!



„gezielte Jugendprojekte“ beschlossen. Diese Entscheidung ist überhaupt nicht nachvollziehbar, denn erst Mitte August tagte auf unseren Antrag hin der Kulturausschuss der Stadt in der ENDART. Durch umfangreiche Informationen konnten sich alle von der Notwendigkeit des Zuschusses überzeugen, Kürzungen führen natürlich zur Einschränkung im Bereich der nicht profitablen Suchtpräventionsar-

so wertvoll und hat die Drogenberatung Düren zu einer Vorzeigeeinrichtung für ganz NRW gemacht.

Wir GRÜNE halten die Kürzung des Zuschusses um 60% für einen Skandal!

Besonders die vielfältigen Angebote für Jugendliche zu niedrigen Preisen werden darunter leiden. Zu den kostenintensiven Umbaumaßnahmen, die durch neue Bestimmungen notwendig waren, haben



Trotz gegenteiliger Vereinbarungen werden die kleinen Fraktionen nicht beteiligt

CDU und SPD wollen Haushalt auf Kosten der DürenerInnen entlasten

Bei der Verabschiedung des Haushaltes im April 2006 wurde fraktionsübergreifend vereinbart, Möglichkeiten einer gemeinsamen Haushaltssicherung zu erarbeiten. Etliche Beratungen schlossen sich mit dem Ziel an, am 6. September im Rat eine abgestimmte Liste zur Verringerung des städtischen Haushaltsdefizits, zur Zeit 30 Millionen Euro, zu verabschieden. CDU und SPD einigten sich nun ohne Mitwirkung der übrigen Fraktionen,

das Defizit vor allem durch Mehrbelastung der Dürener Bevölkerung zu verringern. Dies sind insbesondere die Erhöhungen der Grundsteuer B, der Hundesteuer und der Straßenreinigungsgelbsteuern. Zusätzliche Mehrbelastungen kommen ebenfalls auf die Sportvereine, die Nutzer der Lehrschwimmbecken und der Musikschule zu.

Noch nicht das Ende ...

Weniger Mittel erhalten die Erzie-

hungsberatungsstellen und die Kinder- und Jugendarbeit. Die bürgerfreundliche Rentenberatung wird eingestampft. Das wird aber sicher nicht das Ende der Sparmaßnahmen zu Lasten der DürenerInnen sein.

Es ist für uns nicht nachvollziehbar, dass wir jetzt auch auf der kommunalen Ebene die BürgerInnen immer mehr belasten, wo diese gerade durch bundespolitische Entscheidungen erhebliche Mehrbelastungen hinnehmen

müssen. Im übrigen werden die Sparbemühungen auf Kosten der Bevölkerung durch erhebliche Mittelkürzungen auf Landesebene konterkariert. Nach dem Haushaltsentwurf 2007 erhalten die Kommunen ca. 450 Millionen Euro weniger Mittel.

Sparbemühungen sind nicht zu erkennen

Sparbemühungen auf Kreisebene sind ohnehin nicht zu erkennen. Der Landrat lässt sich feiern, dass

sein genehmigter Doppelhaushalt eine geringere Kreisumlage beinhaltet, von der Nettobelastung ist sie jedoch nach wie vor an der Spitze der Kreise in NRW. Hiervon bezahlt die Stadt Düren alleine 40 Prozent, was einen ganz erheblichen Teil ihrer Haushaltsbelastung ausmacht. Dagegen wird aber nichts unternommen.

Statt die Dürenerinnen und Dürener zu schröpfen, sollte die Stadt zuerst einmal an ihren Ausgaben sparen.

Kontaktadressen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Ortsverband Düren
GRÜNES Büro
Nideggener Straße 68
52349 Düren
Fon 0 24 21 / 18 92 77
Fax 0 24 21 / 18 92 87
Email ortsverband@gruene-dueren.de
Web www.gruene-dueren.de

Sprecherin im Ortsverband:

Carmen Heller-Macherey,
Fon 0 24 21 / 40 69 59

Sprecher:

Theo Dicks
Fon 0 24 21 / 8 31 51

Ratsmitglieder:

Carmen Heller-Macherey
Fon 0 24 21 / 40 69 59
Verena Schloemer
Fon 0 24 21 / 50 29 64
Bruno Voß
Fon 0 24 21 / 8 63 14

Stadt Düren pleite – Landrat feiert!

Spelthahn lebt wie die Made im Speck - auf Kosten der Kommunen

Die Städte und Gemeinden im Kreis Düren müssen im Landesvergleich extrem viel Geld an den Kreis abführen (die sog. „Kreisumlage“). Die Folge: 12 von 15 Kommunen im Kreis haben Nothaushalte oder ein Haushaltssicherungskonzept. Wie im Fall der Stadt Düren ist kein Ausweg aus der Schuldenspirale absehbar. Nun sollte man meinen, auch der Kreis würde sparen, doch das Gegenteil ist der Fall: Die Kreisumlage steigt ständig. In den Jahren 2006 und 2007 wird der Kreis Düren wieder 10 Mio. Euro mehr von den Kommunen einfor-



dern. Die Stadt Düren als weitaus größte kreisangehörige Stadt zahlt allein 40 % dieser Kreisumlage. Das Geld für wichtige sozia-

le Projekte in der Stadt fehlt so. Sparbemühungen beim Kreis sind praktisch nicht vorhanden – im Gegenteil: Landrat Spelthahn

sonnt sich in seinen kostspieligen Events. Gesponsert zum größten Teil von kreiseigenen Gesellschaften wie Sparkasse, Kreisbahn usw. Letztlich zahlen wieder die Kommunen. Die aufwendigen Projekte wie Arena, Kreishauserweiterung und Spaßbad Kreuzau (Umbaukosten alleine über 10 Mio. Euro!) mit ihren immensen Folgekosten tragen weiterhin dazu bei. Wir fragen uns, warum Bürgermeister Larue und seine CDU nichts gegen diese Politik des Landrates auf Kosten der Stadt Düren und der anderen Kommunen unternehmen.

Stadtwerke-Ausverkauf:

Warum macht CDU Drecksarbeit für RWE?

Die CDU hat vor einigen Jahren die Mehrheit der Stadtwerke Düren an das RWE verscherbelt. Die Zeche zahlen die Dürener Bürgerinnen und Bürger: Wir mussten zeitweise die höchsten Gaspreise in NRW zahlen, während RWE Rekordgewinne vermeldet.

Und nun des Ausverkaufs nächster Akt: RWE möchte 24% der Stadtwerke an ein anonymes Bankenkonsortium verkaufen. Bürgermeister Larue, Landrat Spelthahn und die gesamte CDU schweigen zu diesem Thema. Kein Wunder: Hinter den Kulissen machen sie die Drecksarbeit für RWE und haben dem Ausverkauf der Stadtwerke u. a. im Verwaltungsrat der Sparkasse längst zugestimmt. RWE ist den Herren wichtiger als Menschen in der Stadt. Wir fragen, was hat die CDU dafür von RWE bekommen?

GRÜNE fordern: Die Stadt muss mit Unterstützung des Kreises diese Anteile zurückkaufen, denn die Stadt hat ein Vorkaufsrecht.

Dank des öffentlichen Drucks ist nun auch die CDU-Mehrheit im Kreistag bereit, die Stadt finanziell bei einem Kauf der Anteile von RWE zu unterstützen. Nun hängt es allein am Dürener Stadtrat, ob das Vorkaufskaufrecht ausgeübt wird.

Kein neuer Atomreaktor in Jülich!

Die CDU/FDP-Landesregierung möchte in Jülich die Atomforschung wieder aufnehmen. Innovationsminister Pinkwart und Energieministerin Thoben träumen sogar vom Bau eines Atomreaktors in Jülich. Atomkraft ist keine Lösung unserer Energieprobleme. Sie selbst ist das Problem, wie der jüngste Beinahe-Tschernobyl-GAU im schwedischen Forsmark gezeigt hat. Darüber hinaus gibt es weltweit kein Endlager für den Tausende von Jahren strahlenden Atom Müll und die Uranvorräte sind noch knapper als die des Erdöls.

Die Atom-Abenteuer früherer Jahre, die die Landesregierung jetzt reanimieren möchte, haben in der Vergangenheit schon Milliarden verschlungen.

Allein für den Rückbau des 1988 stillgelegten Forschungsreaktors

in Jülich müssen die SteuerzahlerInnen mindestens 500 Millionen Euro aufbringen.

Und nun will die NRW-Landesregierung offensichtlich schon wieder knappes öffentliches Geld in diese nutzlose Technologie investieren, statt sich ernsthaft um die Lösung der drängenden Energie-

probleme zu kümmern. Erneuerbare Energien und Energieeffizienz sind die Zukunft der Energieversorgung und keinesfalls neue atompolitische Abenteuer mit unabsehbaren Folgen. Wir wollen keine „Zwangsbeglückung“ mit strahlenden Reaktoren und Atomtechnologie in Jülich!



Atomreaktor in Jülich – eine teure und gefährliche Altlast

GRÜNE Fraktion im Kreis Düren

Kreishaus, Zimmer 160,
52348 Düren,
Tel. 02421/22-2325,
Fax 02421/22-2026,
eMail: b90.die-gruenen
@kreis-dueren.de
www.gruene-dueren.de

Kreistagsabgeordnete aus Düren:

Oliver Krischer,
Tel. 02421/504233,
oliver.krischer@netcologne.de
Christa van Endern,
Tel. 02421/911113,
van.endern@t-online.de

v.i.S.d.P. (Kreisseite):

Oliver Krischer

Keine Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter drei Jahren:

Landrat Spelthahn handelt nicht

Immer mehr Eltern wollen oder müssen arbeiten und brauchen deshalb Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kleinen. Für Fachleute ist klar, die fehlenden Betreuungsmöglichkeiten sind mitentscheidend für die geringe Geburtenrate in Deutschland.

Im Kreis Düren ist die Situation besonders schlimm: Hier gibt es praktisch keine Betreuungsmöglichkeiten für unter dreijährige Kinder: Derzeit teilen sich ca. 4500 Kinder in dieser Altersgruppe gerade einmal 86 Plätze. Das

ist eine Quote von nicht einmal zwei Prozent. Dabei fordert die Bundesregierung eine Quote von mindestens 20%. Wenn die bisherige Entwicklung so weiter läuft, wird der Kreis Düren diese Quote erst um das Jahr 2040 (!) erreichen.

Aber der Landrat Spelthahn behauptet frech, ihm sei kein Fall bekannt geworden, bei dem ein Betreuungswunsch der Eltern offen geblieben wäre. Das ist eine unverschämte Verhöhnung tau-

sender berufstätiger Eltern im Kreis Düren. Der Herr Landrat hat offensichtlich nicht den blassesten Schimmer von der Lebenswirklichkeit berufstätiger Eltern. Die GRÜNEN fordern in einem ersten Schritt die Schaffung von 200 Plätzen im Kreis Düren. Die Kosten sind durch Einsparungen bei Prestigeprojekten wie dem Freizeitbad Kreuzau zu erwirtschaften. Es kann nicht sein, dass der Kreis viele Millionen Euro für ein Spaßbad hat, aber für die Kinderbetreuung kein Geld da ist.

Parteibuchwirtschaft im Kreishaus:

Posten einsparen

In Kürze geht Justus Peters, langjähriger Dezernent und Spitzenbeamter des Kreises Düren, in den wohlverdienten Ruhestand. Angesichts der Haushaltslage des Kreises und der Kommunen sollte die Einsparung eines Dezernentenpostens in der Kreisverwaltung eigentlich selbstverständlich sein. Schließlich kostet der die SteuerzahlerInnen mindestens 100.000 Euro im Jahr. Drei Dezernenten plus Landrat reichen vollkommen aus. Doch es ist allem Anschein nach trotzdem eine Wiederbesetzung der Stelle geplant.

Nach welchen Kriterien der Landrat Führungspersonal auswählt, erfährt selbst der Kreistag nicht. Auffällig aber ist, drei der vier Dezernenten haben ein Parteibuch der CDU, einer ist parteilos. Das erklärt wohl, warum Landrat Spelthahn (CDU) den frei werden den Dezernentenposten nicht einsparen möchte. Mit der Absicherung von CDU-Beamtenkarrieren in der Kreisverwaltung muss endlich Schluss sein. Wir erwarten, dass mit der jetzt möglichen Streichung eines Dezernentenposten angefangen wird zu sparen.